

Faktencheck Atomenergie



Die Argumente der Atomlobby
und ihr Wahrheitsgehalt

Vorwort

Wenn es nach dem Willen der derzeitigen schwarz-gelben Bundesregierung geht, sollen die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke kräftig verlängert werden. Daran ändert auch die durch die Reaktorkatastrophe von Fukushima in Japan ausgelöste Absicht der Bundesregierung, innerhalb eines 3monatigen Moratoriums die Sicherheit deutscher Atomkraftwerke überprüfen zu lassen, nichts. Es ist völlig unklar, was nach diesen 3 Monaten passiert. Die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vom 17.3.2011 lässt jedenfalls keinen Sinneswandel erkennen.

Zur Begründung für die Laufzeitverlängerungen, die die angeblich notwendige Brücke hin zu den erneuerbaren Energien darstellen soll, werden von der Atomlobby, den Stromkonzernen, von Wirtschaftsverbänden und politischen Atombefürwortern die angeblichen Vorteile der Atomenergie beschworen. Atomenergie sei klimafreundlich, preissenkend und unverzichtbar für die Stromversorgung. Gleichzeitig wird das Gespenst der Stromlücke an die Wand gemalt, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet würden. Meist werden die Risiken der Atomenergie verschwiegen.

Da viele Bürgerinnen und Bürger den Behauptungen von Lobbyisten und Politikern meist rat- und hilflos gegenüberstehen, haben wir einige der Behauptungen der Atomindustrie auf ihren Wahrheitsgehalt hin untersucht und die Rechercheergebnisse nachfolgend kurz dokumentiert.

Wer weitergehende Informationen benötigt, findet sie u.a. im Internet auf den Seiten des BUND (www.bund.net), der Mitmach-Kampagne [.ausgestrahlt](http://www.ausgestrahlt.de) (www.ausgestrahlt.de), von Greenpeace (www.greenpeace.de), der BI Lüchow-Dannenberg (www.bi-luechow-dannenberg.de), von [contrAtom](http://www.contratom.de) (www.contratom.de), der Organisation Internationale Ärzte gegen den Atomkrieg (www.ippnw.de) und vielen anderen Organisationen.

Wilfried Treutler

Vors. des BUND-KV Prignitz

Groß Breese/Prignitz, im März 2011

Impressum:

BUND Brandenburg

Friedrich Ebert Str. 114a

14467 Potsdam

Tel: 0331 / 237 00 141

Fax: 0331 / 237 00 145

bund.brandenburg@bund.net

www.bund-brandenburg@bund.net

Spenden können steuerlich geltend gemacht werden.

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam

BLZ: 160 500 00

Konto: 350 202 62 45

ViSP:

Axel Kruschat

Geschäftsführer BUND

Quelle Foto Deckblatt: Wikipedia AKW Neckarwestheim

These 1: Unsere Atomkraftwerke sind sicher!

„Die deutschen Atomkraftwerke zählen zu den sichersten der Welt“.
(Wulf Bernotat, Vorstandsvorsitzender E.ON, stern 30/2007)

„Wir wissen, wie sicher unsere Kernkraftwerke sind – sie gehören zu den weltweit sichersten“
(Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Regierungserklärung am 17.3.2011)

Antwort: Das ist falsch.

Begründung:

1. Tschernobyl war nicht das erste, Fukushima wird nicht das letzte Atomunglück sein. Es gab bisher auch andere gefährliche Unfälle in AKWs:
 - Majak (Sowjetunion), September 1957:** In der Plutoniumfabrik Majak explodiert ein unterirdischer Betontank mit flüssigen, radioaktiven Abfällen. Mindestens 1000 Tote, 10.000 Menschen werden verstrahlt. Ein 300 Kilometer langer und bis zu 40 Kilometer breiter Landstreifen ist seitdem verseucht.
 - Windscale (England), 10. Oktober 1957:** Reaktorbrand, mindestens 240 Tote. Verlässliche Zahlen gibt es bis heute nicht. Eine radioaktive Wolke breitete sich über Großbritannien und über das europäische Festland aus. Das Unglück wurde 30 Jahre lang geheim gehalten.
 - Gundremmingen (Deutschland), Januar 1977:** Kurzschlüsse in zwei Hochspannungsleitungen führen zu einem Totalschaden. Das Reaktorgebäude ist mit radioaktivem Kühlwasser verseucht.
 - Harrisburg (USA), 28. März 1979:** Beinahe-GAU durch Schmelzen der Kernbrennstäbe. Bildung einer explosiblen Gaswolke. Freisetzung radioaktiver Stoffe. 140.000 Menschen werden vorübergehend in Sicherheit gebracht.
 - Erwin (USA), August 1979:** Aus der geheimen Atomanlage im US-Bundesstaat Tennessee tritt Uran aus. Etwa 1000 Menschen werden verstrahlt.
 - Tsuruga (Japan), Januar bis März 1981:** Vier Mal tritt in diesem Zeitraum Radioaktivität aus dem Atomkraftwerk aus. Nach offiziellen Angaben werden 278 Menschen verstrahlt.
 - Tschernobyl (Sowjetunion), 26. April 1986:** Explosion im Reaktor Nummer 4, bislang schwerste Reaktor-Katastrophe überhaupt. Eine riesige radioaktive Wolke wird freigesetzt. Der Unfall wird erst öffentlich, als in Nordeuropa erhöhte Radioaktivität gemessen wird. Hunderttausende Menschen wurden nach Schätzungen verstrahlt, vor allem in den damaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Weißrussland und Russland. Nach offiziellen Angaben starben bis Mitte der 90er Jahre allein in der Ukraine 125.000 Menschen.
 - Biblis (Deutschland), 1987:** Durch ein nicht geschlossenes Hauptventil strömt heißes Wasser in die Kühlwasser-Aufbereitung. Ein Ereignis von höchster Priorität.
 - Tomsk (Russland), April 1993:** Explosion in der geheimen Wiederaufbereitungsanlage Tomsk-7 in Westsibirien, radioaktives Material wird freigesetzt, darunter Uran-235, Plutonium-237 und verschiedene andere Spaltmaterialien. Das Ausmaß der Schäden ist unbekannt.
 - Tokaimura (Japan), 11. März 1997:** Nach einem Brand und einer Explosion in der japanischen Aufbereitungsanlage in im Nordosten von Tokio sind 37 Menschen Strahlung ausgesetzt. Teilweise werden die Arbeiten deshalb vorübergehend stillgelegt.
 - Tokaimura (Japan), 30. September 1997:** Angestellte geben zuviel Uran in einen Fülltank. Daraufhin ereignet sich der schwerste Atom-Unfall seit Tschernobyl, es ist zudem der bis dahin schwerste in der Geschichte Japans. Mehr als 600 Menschen werden verstrahlt. Rund 320.000 Menschen werden aus ihren Häusern in Sicherheit gebracht. Zwei verantwortliche Mitarbeiter sterben Monate nach dem Unglück.
 - Neckarwestheim 1 (Deutschland), 10. Mai 2000:** Die neu eingebaute Technik versagte. Blockade der für eine Reaktorschnellabschaltung erforderlichen Steuerstäbe. Damit war das zentrale Sicherheitssystem ausgefallen. Weitere automatische Steuerungsfunktionen blockierten, es kam ungewollt zu einer schnellen Absenkung der Generatorleistung.
 - Brunsbüttel (Deutschland), 14. Dezember 2001:** Eine Wasserstoffexplosion zerfetzte eine in den Reaktordruckbehälter führende armdicke Rohrleitung.
 - Mihama (Japan), 9. August 2004:** Einer der drei Reaktoren schaltet sich automatisch ab. Nicht verseuchter, aber extrem heißer Wasserdampf tritt aus. Vier Arbeiter werden getötet, sieben weitere erleiden schwerste Verbrennungen. Es ist der bis dahin tödlichste Zwischenfall in einem japanischen Kraftwerk.

Forsmark (Schweden), 25. Juli 2006: Beinahe-GAU. Infolge eines Kurzschlusses außerhalb des AKW fielen dort im Reaktor erst mehrere Systeme der Notstromversorgung nacheinander aus, dann sprangen gleich mehrere Notstromdiesel nicht an.

Krümmel (Deutschland), 28. Juni 2007: Brand eines Transformators. Dabei saugen die Frischluftventilatoren Brandgase in den Leitstand des Reaktors – es kommt zu Panik und einer Schnellabschaltung. Bei der anschließenden Kontrolle wurden gefährliche Risse an Rohren und Armaturen entdeckt.

Brunsbüttel (Deutschland) 2007: In beiden Reaktoren werden zahlreiche Sicherheitsmängel bekannt. Beide Reaktoren stehen bis heute (Februar 2011) still.

Fukushima (Japan) 2011: Am 11. März 2011 havariieren infolge eines schweren Erdbebens und dem dadurch ausgelösten Tsunami vier der sechs Reaktoren.

Alle diese Unfälle haben eines gemeinsam: sie waren in den Sicherheitsüberlegungen nicht vorgesehen! Ebenso wie in Tschernobyl und Fukushima!

3. Bis zu 7,4 mm tiefe **Schweißnaht**risse in Brunsbüttel und Würgassen, **Materialversprödung** des Reaktordruckbehälters in Obrigheim, **Lecks** in Biblis – potentielle Katastrophenauslöser. **Messungen werden nicht ordnungsgemäß** durchgeführt, **Grenzwerte zu niedrig** festgelegt.
4. Seit 1975 (Inbetriebnahme des ersten AKWs) bis Ende 2009 gab es **4.261 meldepflichtige Ereignisse** in deutschen AKWs, im Schnitt ca. 12 pro Jahr bei den älteren, bei den jüngeren ca. 6/a. (Quelle: .ausgestrahlt/BfS)
5. Sechs der deutschen Reaktoren sind wie die japanischen Unglücksreaktoren so genannte Siedewasserreaktoren, sie haben nur einen Kühlkreislauf. Wenn dieser versagt, würde sich der Kern des Reaktors exponentiell erhitzen, und es könnte wie in Fukushima zur **Kernschmelze** kommen.
6. Gegen Erdbeben, Flugzeugabstürze, menschliches Versagen, Sabotage, Hochwasser, Kriegseinwirkungen, Stromausfall oder den gleichzeitigen Ausfall aller Sicherheitssysteme ist **kein 100%iger Schutz möglich**.
7. Das **Gefahrenpotential** beschränkt sich nicht nur auf den Reaktor; hier muss der gesamte Prozess von der Urangewinnung, über den Betrieb und die Stilllegung von Atomkraftwerken bis hin zur Endlagerung der radioaktiven Rückstände betrachtet werden. Neben den kurzfristigen Folgen durch Reaktorkatastrophen gibt es langfristigen Folgen, die erst in 10, 100 oder tausenden von Jahren eintreten.
8. **Kein einziges deutsches AKW wäre heute genehmigungsfähig**, weil keines dem im „Kerntechnischen Regelwerk“ festgelegten aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entspricht.

Fazit: Atomenergie ist und bleibt gefährlich, egal welche Ursachen zu einer Katastrophe oder zu Krankheiten führen! Sicher ist nur das Risiko! Auch wenn die Ursachen andere sind – die Folgen sind gleich!

These 2: Atomenergie wird als Brückentechnologie benötigt! Ohne AKWs droht eine „Stromlücke“!

„Ein Industrieland wie Deutschland,, kann nicht von jetzt auf gleich vollständig auf Kernenergie als Brückentechnologie verzichten.“

(Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Regierungserklärung am 17.3.2011)

„Bereits in vier Jahren drohen eine Energielücke und Stromabschaltungen“

(Michael Glos als Bundeswirtschaftsminister, 30.4.08)

Antwort: **Das ist falsch.**

Begründung:

1. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen, das Beratergremium der Bundesregierung, kommt in seiner Stellungnahme vom Mai 2010 „100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050: klimaverträglich, sicher, bezahlbar“ zu folgenden Ergebnissen: *„Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bau neuer Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sind notwendig. Anders ausgedrückt: Bereits der Bestand an konventionellen Kraftwerken ... reicht als Brücke – hin zu einer regenerativen Stromversorgung – aus. ... Das Potenzial an regenerativen Energiequellen reicht aus, um den Strombedarf in Deutschland und Europa vollständig zu decken. Dabei kann Versorgungssicherheit gewährleistet werden.“*
2. Der BUND und das ifeu-Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg kommen in einer Studie vom Juni 2010 zu dem Ergebnis: *„Der ambitionierte Ausbau der regenerativen Stromerzeugung und das entschiedene Fördern der Stromeffizienz könnten bis spätestens 2020 sämtliche Atomkraftwerke in Deutschland ersetzen. Allein mit Energieeffizienzmaßnahmen ließen sich sechs Atommeiler überflüssig machen.“*
3. Dem Ausstieg aus der Atomenergie, so auch die Klima-Enquete-Kommission des deutschen Bundestages, stehen keine technischen Sachzwänge entgegen.
4. Viele andere Studien und Organisationen kommen zu demselben Ergebnis: **Atomenergie wird als Brückentechnologie nicht benötigt**, so z.B.: Greenpeace-Energiekonzept „Plan B 2050“ (2010); Leitstudie „Weiterentwicklung der 'Ausbaustrategie Erneuerbare Energien' vor dem Hintergrund der aktuellen Klimaschutzziele Deutschlands und Europas“, Deutsches Zentrum für Luft und Raumfahrt (2010; siehe Graphik unten); Internationale Agentur für Erneuerbare Energien; Energiepolitisches Gesamtkonzept des Bundesverbands Erneuerbare Energien für den Zeitraum bis 2020; u.v.a.
5. **Umweltbundesamt und Bundeswirtschaftsministerium** haben unabhängig voneinander bestätigt: **Es gibt keine Strom-Lücke**, das Licht geht trotz Atomausstiegs nicht aus. Abgeschaltete Atomkraftwerke können durch Erneuerbare Energien, Stromsparen und Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt werden.
6. Das Umweltbundesamt kommt in seiner Studie „Klimaschutz und Versorgungssicherheit. Entwicklung einer nachhaltigen Stromversorgung“ vom September 2009 zu folgenden Ergebnissen: Eine Stromlücke gibt es nicht, die **Versorgungssicherheit** ist auch mit Atomausstieg **gewährleistet**, es ist auch zukünftig **kein Defizit an verfügbarer Kraftwerksleistung** zu erwarten.
7. Nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft wurden 2010 ca. 40 TWh Strom importiert, aber ca. **60 TWh exportiert**. Der Exportüberschuss entspricht ungefähr der Jahresleistung von 3 AKWs. Selbst 2007 und 2009, als zeitweise sieben von 17 Atomkraftwerken stillstanden, hat Deutschland noch jede Menge Strom exportiert.
8. Das von Greenpeace beauftragte Aachener Ingenieurbüro *EUtech Energie & Management* kommt zum Ergebnis, dass trotz Atomausstiegs 2020 mit einer **Überkapazität von 9.000 Megawatt** zu rechnen ist.

9. In einem im März 1996 vom Öko-Institut Freiburg erarbeiteten EnergieWendeSzenario wird nachgewiesen, dass bei sofortiger Abschaltung aller Atomkraftwerke aufgrund der großen Überkapazitäten in den anderen deutschen Kraftwerken immer noch eine Reserveleistung von 15% zur Verfügung steht.
10. An jedem Tag schickt die Sonne 15.000mal soviel Energie zur Erde, wie weltweit gebraucht wird. Das weltweite Windpotential ist 35mal so groß, das der Biomasse 10mal so groß wie der Weltenergiebedarf. Das Potential aller regenerativen Energiequellen zusammen beträgt 200 Billionen KW, das ist das 20.000fache des derzeitigen Weltenergiebedarfs.
11. Die in Abhängigkeit vom Wetter schwankende Bereitstellung von Wind- und Solarstrom kann durch kleine, dezentrale Anlagen, z.B. BHKWs, ausgeglichen werden. Das setzt aber den Ausbau der Übertragungsnetze und Investitionen in flexible intelligente Stromversorgungssysteme voraus, eine der vordringlichsten Aufgaben der nächsten Jahre.

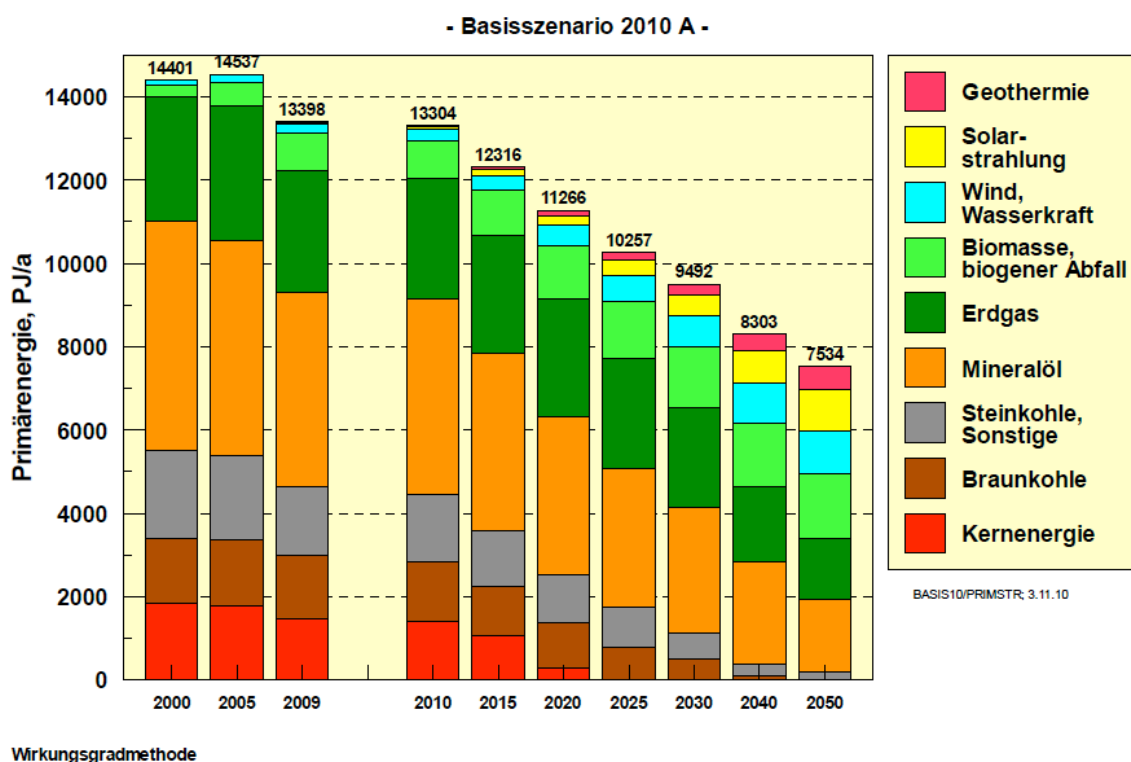


Abbildung 3.2: Struktur des Primärenergieeinsatzes im Basisszenario 2010 A bis 2050

Fazit: Die Behauptung, ohne den Weiterbetrieb von AKWs droht eine Stromlücke, ist ein Märchen und dient lediglich der Begründung für angeblich notwendige längere Laufzeiten. Auch als Brückentechnologie ist die Atomkraft nicht notwendig, denn eine Brücke parallel zur Straße der Erneuerbaren ist sinnlos, noch dazu, wenn am Ende der Brücke Atommüllberge den Weg versperren!

These 3: Atomenergie entlastet das Klima!

„Kernkraft ist ... eine Ökoenergie.“ (Ronald Pofalla als Generalsekretär der CDU, 26.06.08)

„Ohne Kernenergie sind die ehrgeizigen Klimaziele der Bundesregierung in keinem Fall zu erreichen.“
(Manfred Panitz, Vorstandsmitglied des VEA, Bundesverband der Energie-Abnehmer e.V. am 6.8.08)

„Die Atomenergie ist ein CO₂-freier Strom aus heimischer Energiequelle“
(Erwin Huber als CSU-Vorsitzender am 27.07.08)

„Jeder, der den Klimaschutz ernst nimmt, muss sich fragen, warum nur wir in Deutschland auf die Kernkraft verzichten wollen und in anderen europäischen Ländern sogar über neue Kernkraftwerke nachgedacht wird.“
(Wulf Bernotat, Vorstandsvorsitzender E.ON, 20.7.2007)

Antwort: **Das ist falsch.**

Begründung:

1. Atomenergie ist nicht klimaneutral, da von der Gewinnung und Aufbereitung des Urans, über den Bau von AKWs bis hin zum Bau und Betrieb von Lagerstätten für Atommüll enorme Energiemengen benötigt und somit enorme Mengen CO₂ freigesetzt werden. Diese Mengen sind in den Behauptungen der Atomindustrie nicht enthalten!

Energieträger	CO ₂ [g/kWh]
Braunkohle	1142
Steinkohle Import	897
Gas-GUD	398
Photovoltaik mono	89
Atomkraftwerk (Uran aus Russland)	65
Wasserkraftwerk	39
Atomkraftwerk (Uran aus Import-Mix)	32
Windpark onshore	23
Windpark offshore	22
Holzkraftwerk	10
Gas-Blockheizkraftwerk	5

CO₂-Emissionen verschiedener Energieträger unter Berücksichtigung des gesamten Produktionsprozesses von der Bereitstellung des Energieträgers (z.B. Abbau und Anreicherung des Urans) und dem Kraftwerksbau bis hin zur Stromerzeugung. Nicht berücksichtigt wurden die Emissionen, die durch den Abbau der Kraftwerke, eine eventuelle Renaturierung der zerstörten Landschaften oder die Lagerung des Atommülls entstehen.

Quelle: GEMIS (Globales Emissions-Modell Integrierter Systeme) 4.4, Stand 2007

2. Deutschland hat sich im Kyoto-Protokoll verpflichtet bis 2012 im Vergleich zu 1990 insgesamt 21%, bis 2020 40% weniger Treibhausgase auszustoßen. Sollte der Ausstoß von CO₂ im Strombereich innerhalb der nächsten 12 Jahre ausschließlich durch Atomenergie um diese 40 Prozent gesenkt werden, müssten in Deutschland im gleichen Zeitraum mehr als zehn neue AKWs gebaut werden. Ein noch dramatischeres Bild zeichnet die Energie-Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages: Die CO₂-Emissionen müssten bis 2050 um 80% gegenüber 1990 gesenkt werden. Sollte dies im Strombereich durch den Ausbau der Atomenergie geschehen, müssten allein in Deutschland 60 bis 80 AKWs gebaut und dauerhaft betrieben werden. Das ist schlicht utopisch. Bei konsequentem Ausbau der erneuerbaren Energien können diese in Deutschland bis 2020 bereits 47% des Strombedarfs decken und rund 200 Millionen Tonnen CO₂/a einsparen. Atomkraft verhindert den Umbau der Energieversorgung und somit den (Quelle: ROBIN WOOD, urgewald und .ausgestrahlt)
3. Neben CO₂ gibt es noch andere klimaschädliche Gase wie z.B. Krypton-85, welches die Ozonzersetzung durch FCKW in der Stratosphäre katalysierend verstärkt. Krypton-85 wird überwiegend aus AKWs und bei Atomtests freigesetzt.

Fazit: Wer die globalen Risiken wie Klima- oder Atomkatastrophe verringern will, kann nur den möglichst raschen Ausstieg aus der Atomenergie und den Einsatz erneuerbarer Energien befürworten.

These 4: Eine sichere Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen ist möglich.

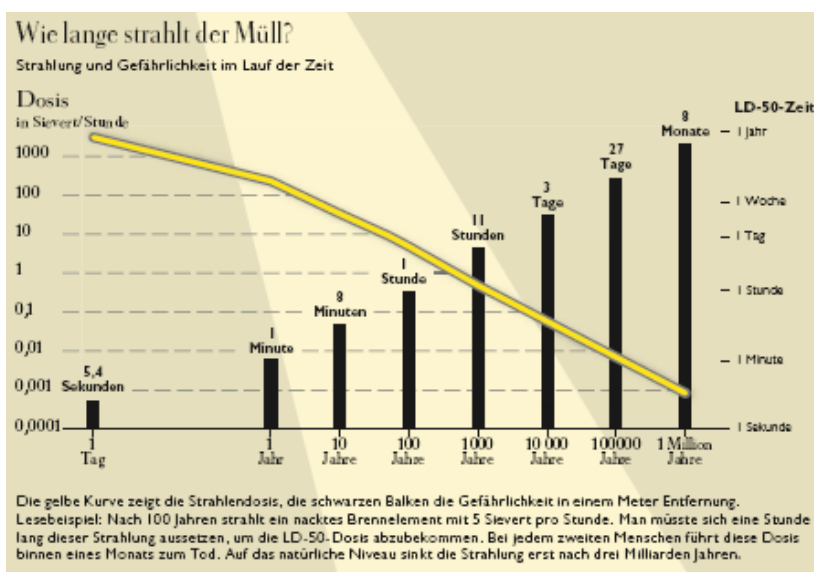
„Technisch ist die Frage der Endlagerung bereits gelöst“

(www.kernenergie.de, Mai 2008)

Antwort: **Das ist falsch.**

Begründung:

1. Ein sicheres Endlager müsste geologisch über sehr lange Zeiträume stabil sein, die Umgebung dürfte chemisch möglichst nicht mit dem eingelagerten Müll und den Behältern reagieren. Es müsste weit weg von der Biosphäre, von potenziellen Rohstoffquellen und von menschlichen Einflüssen, auch zukünftigen, liegen, zudem in einem Gebiet, das nicht ins Meer entwässert. Mehr als 50 Jahre nach dem Beginn der Atomstromproduktion gibt es weltweit noch kein sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle. Der allergrößte Teil des bisher produzierten Atom- mülls liegt noch immer in oberflächigen Zwischenlagern.
2. Am weitesten fortgeschritten sind die Endlagerpläne in Finnland. In der Nähe von Olkiluoto an der Westküste soll 2020 ein Endlager in Granitgestein in Betrieb gehen. Es soll die Abfälle von 4 finnischen AKWs aufnehmen. Für den Atom- müll aus den restlichen rund 430 derzeit weltweit betriebenen AKWs ist dort aber kein Platz.
3. Der Versuch, das stillgelegte Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel als so genanntes „Forschungsendlager“ für schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu nutzen, endete in einem milliardenteuren Desaster. Vor 40 Jahren be- gann die Einlagerung der ersten Atom- müllfässer. Jetzt droht die Grube einzustürzen, das Grundwasser ist radioak- tiv verseucht. Seit 1988 dringen aus unbekannter Quelle täglich 12 m³ Wasser in die Stollen ein. Die Lauge sam- melt sich im Bergwerk und ist u.a. mit radioaktivem Cäsium, Plutonium und Americium kontaminiert. Fast 126.000 Atom- müll-Fässer sollen nun heraus geholt und in Zwischenlager verbracht werden.
4. Auch das schwedische Konzept, das bislang als führend galt, ist gescheitert: Geologen wiesen im angeblich seit 1,6 Millionen Jahren stabilen Urgestein Spuren von mindestens 58 Erdbeben allein in den zurückliegenden 10.000 Jahren nach – bis zu Stärke acht auf der Richterskala. Und die vorgesehenen Kupferkapseln drohen schon nach 1.000 Jahren durchzurosten.
5. In den USA wurden die Pläne für ein Endlager in Yucca Mountain (Nevada) aufgegeben, weil Zweifel an der Lang- zeitsicherheit bestehen und es nicht groß genug wäre, um allen Atom- müll der USA aufzunehmen.



Wie schwierig es ist, hoch- radioaktiven Müll sicher zu lagern, verdeutlicht auch die folgende Grafik (Quelle: Die Zeit, 4.11.2010)

6. Die BRD legte sich in den 1960er Jahren auf eine Endlagerung in Salz fest. International ist die Eignung von **Salz als Endlager höchst umstritten**: Das plastische Gestein drückt die Lagerkammern zusammen, sodass die Behälter platzen, steigt durch den Druck stetig nach oben, ist extrem wasserlöslich und zersetzt sich durch radioaktive Strahlung.
7. Der Geologe Prof. Dr. Klaus Duphorn hat den Salzstock als einer der ersten Gutachter im Auftrag des Bundes untersucht und warnt vor **Gasvorkommen und möglicher Explosionsgefahr**. Am 25. Juni 1969 waren DDR-Geologen in 3000 Metern Tiefe überraschend auf ein Gemenge aus Erdgas, Gasolin und Lauge gestoßen, das unter großem Druck nach oben schoss. Ein Mann starb, sechs wurden schwer verletzt. Auch unter dem für das atomare Endlager vorgesehenen Gebiet – nur wenige Kilometer von Lenzen entfernt – gäbe es Erdgasvorkommen, die explodieren könnten. Der Salzstock würde dann zusammenbrechen, Radioaktivität an die Erdoberfläche gelangen.
8. In **Gorleben fehlt zudem ein schützendes Deckgebirge**. Die Tonschicht über dem Gorlebener Salzstock durchschneidet ein mindestens 300 Meter tiefer, mit Geröll gefüllter eiszeitlicher Graben, die so genannte Gorlebener Rinne. Durch diesen fließt Grundwasser, das die Oberfläche des Salzstocks ständig ablaugt – jedes Jahr bis zu 12.000 Kubikmeter Salz. „Die zuständigen Fachleute waren entsetzt, als Albrecht sich auf Gorleben festlegte“, bekannte jetzt der Hydrogeologe Prof. Dr. Dieter Ortlam. Prof. Dr. Klaus Duphorn warnte bereits 1982 vor „Bruchstörungen [...] sowohl im Salzstock als auch im Deckgebirge“, die „als Wanderwege für Wasser und Lauge dienen können“. Radioaktive Stoffe könnten so ins Grundwasser gelangen. Die Behörden reagierten mit Druck: Duphorn solle sein negatives Votum revidieren.
9. Die Bewertung des Deckgebirges des Salzstock Gorlebens ist eindeutig und nicht umstritten: Sein Deckgebirge weist keine Eigenschaften auf, die den geforderten besonderen Merkmalen zur Endlagerung von hochradioaktivem Müll gerecht werden. Er weist unter anderem **keine durchgängige Tonschicht und keine vollständige Trennung der Grundwasserstockwerke** auf. Das Deckgebirge von Gorleben genügt also nicht den Anforderungen, die an einen Endlagersalzstock gestellt werden. Es kann weder den Schutz des Salzstocks gewährleisten noch kann es einen ausreichenden Beitrag zur Radionuklidisolation liefern. Das Drängen der Industrie, auf ein solches Deckgebirge als Barriere praktisch zu verzichten und alleine auf den Salzstock Gorleben als Barriere zu setzen, könnte fatale Folgen haben. Die Beschaffenheit des Deckgebirges über dem Salzstock in Gorleben muss zur Aufgabe des Standortes führen. Ein funktionierendes **Mehrbarrierensystem** im eigentlichen Sinn ist an dem Standort nicht mehr gewährleistet.
10. Der Salzstock selbst ist alles andere als homogen. Er beherbergt jede Menge mit **Salzlösung und Gasen gefüllte Hohlräume und Spalten**. Kaliflöze und ebenfalls sehr leicht wasserlöslicher, durch Brüche zerrütteter Anhydrit ziehen sich von oben bis unten – ähnlich wie in der Asse. Schon heute lassen sich **Grundwassereinflüsse bis 170 Meter tief** ins Salz nachweisen. Auch ein Endlager Gorleben wäre also wie die Asse vom Absaufen bedroht. Bereits für die in den 1970er Jahren mit der Vorauswahl möglicher Endlager-Standorte beauftragten Geologen war Gorleben aus diesen Gründen nur „**dritte Wahl**“.
11. In der Anhörung des Innenausschusses des Bundestages am 20. Juni 1984 sprachen sich **fünf von neun Experten** aus geologischen Gründen für einen **Abbruch der Erkundung** aus – vergebens. Die PTB plädierte 1985 offen für die Erkundung weiterer Standorte – dies wurde ihr per Weisung untersagt. 1995 untersuchte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) dann 41 Salzstöcke in Niedersachsen auf ihre Eignung als Endlager. Der in Gorleben war nicht darunter – weil er nach den Kriterien der BGR sowieso ausgeschieden wäre. Und im Abschlussbericht des von der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingesetzten „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerung“ (AK End) schnitt Gorleben ebenfalls ungünstig ab.
12. Dessen ungeachtet wiederholen Atomindustrie und ihre LobbyistInnen in der Politik bis heute die Mär, dass „alle bisherigen Erkenntnisse die Eignung des Gorlebener Salzstocks gezeigt“ hätten. Warum eigentlich? Rechtlich gesehen darf in Deutschland kein Atomkraftwerk betrieben werden, solange die Entsorgung des Atommülls nicht gesichert ist. Als „**Entsorgungsvorsorgenachweis**“ dienten wahlweise die undichte und einsturzgefährdete Atommüllkippe Asse II, die Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben, der Bau der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Wackersdorf, die Atommüll-Transporte zu WAAs ins Ausland sowie aktuell die „geordnete Zwischenlagerung“ der abgebrannten Brennelemente in Castor-Behältern in oberirdischen Hallen. Die Asse ist abgesoffen, Wackersdorf

nie in Betrieb gegangen, die Atommüll-Transporte ins Ausland sind passe'. Bleiben noch die dezentralen Zwischenlager an den AKW-Standorten und Gorleben. Gemäß § 9a Abs. 1b S. 1 AtG ist für die geordnete Beseitigung durch die Atomkraftwerksbetreiber nachzuweisen, dass der sichere Verbleib für bestrahlte Kernbrennstoffe in Zwischenlagern bis zu deren Ablieferung an eine Anlage zur Endlagerung radioaktiver Abfälle gewährleistet ist. Nach Wortlaut und Systematik des Gesetzes enthält der Entsorgungsvorsorgenachweis damit die gesamte Entsorgungskette bis hin zur Endlagerung, nicht aber eine generelle Beschränkung des Entsorgungsvorsorgenachweises auf Zwischenlagermöglichkeiten. Die Bejahung der so genannten **Eignungshöflichkeit** für den Salzstock Gorleben genügte – selbst wenn sie allein auf Grund fachlicher Kriterien zustande gekommen sein sollte – zu keiner Zeit den **gesetzlichen Voraussetzungen der Entsorgungsvorsorgepflicht**. (Quelle: DUH, Ohne Endlager keine Laufzeitverlängerung – zur Rechts- und Verfassungswidrigkeit einer Laufzeitverlängerung, Januar 2010).

13. Damit wird klar: werden die Erkundungsarbeiten in Gorleben eingestellt, haben die AKW-Betreiber Schwierigkeiten, den „Entsorgungsvorsorgenachweis“ zu erbringen und die AKWs müssten abgeschaltet werden.

Fazit: Eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle ist nicht machbar. Das Märchen von der „Eignungshöflichkeit“ des Salzstockes Gorleben-Rambow dient nur dazu, den Entsorgungsvorsorgenachweis vorzugaukeln und so den Weiterbetrieb der AKWs und damit die Milliarden Gewinne der AKW-Betreiber zu rechtfertigen.

These 5: Die Laufzeitverlängerung der AKWs dämpft die Strompreise!

„Wir sind der festen Überzeugung, dass wir eine Laufzeitverlängerung ... der deutschen Kernkraftwerke benötigen, um sichere Energiepreise sicherzustellen.“

(Ronald Pofalla als Generalsekretär der CDU, 26.06.08)

Antwort: **Das ist falsch.**

Begründung:

1. Das Öko-Institut kommt in einer Untersuchung Laufzeitverlängerungen für die deutschen Kernkraftwerke? Kurzanalyse zu den potenziellen Strompreiseffekten vom Juni 2009 zu folgenden Ergebnissen:
 - Die Analyse der Entwicklung des Strompreises in Deutschland im Jahr 2007 zeigt keinen systematischen Zusammenhang mit den Stillstandzeiten der Kernkraftwerke.
 - Es ist kaum davon auszugehen, dass Laufzeitverlängerungen der Kernkraftwerke mittel- und längerfristig zu einer signifikanten Senkung oder zu einer belastbaren Dämpfung der Strompreise führen. Und sie hätten ggf. nur einen sehr begrenzten Umfang (deutlich unter 0,5 Cent je Kilowattstunde) und würden vor allem nicht langfristig entstehen.
 - Die mit Laufzeitverlängerungen einhergehenden Unsicherheiten für das marktliche Umfeld würden dagegen wahrscheinlich zu einem gedämpften Modernisierungsprozess und damit verbunden eher zu höheren Strompreisen führen.
 - Insgesamt lässt sich die Aussage treffen, dass die Hoffnung auf Strompreissenkungen bzw. -dämpfungen durch den längeren Betrieb der deutschen Kernkraftwerke keineswegs belegt werden kann.
2. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) hat errechnet, dass eine Verschiebung des Ausstiegs um 25 Jahre den Strompreis so gut wie nicht beeinflussen würde. Gerade einmal **0,50 Euro im Monat** würde ein Durchschnittshaushalt sparen. Das Öko-Institut kommt sogar auf eine Einsparung von nur 12 Cent pro Monat.
3. Den AKW-Betreibern würde eine Laufzeitverlängerung dagegen jedes Jahr **8,2 bis 10,5 Milliarden Euro zusätzlich** in die Kassen spülen.

Fazit: Schon der Austausch einer einzigen 60-Watt-Glühbirne durch eine Energiesparlampe entlastet einen Haushalt mehr als längere Laufzeiten für deutsche AKW.

These 6: Atomstrom ist billig!

Antwort: **Das ist falsch.**

„Strom aus Kernkraftwerken ist der preisgünstigste, den es auf der Welt gibt.“
(Erwin Huber als CSU-Vorsitzender am 27.07.08, BILD am Sonntag).

Begründung:

1. Die derzeitigen Preise für Atomstrom enthalten längst nicht alle Kosten. So sind z.B. die **staatlichen Subventionen** nicht enthalten. Die im Auftrag von Greenpeace vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. durchgeführte Studie „Staatliche Förderungen der Atomenergie im Zeitraum 1950 – 2010 vom Oktober 2010“ kommt zu folgenden Ergebnissen: *„Die ... öffentlichen Förderungen betragen im Zeitraum bis 2010 143,2 Mrd. € nominal bzw. 194,9 Mrd. € in Preisen 2010. Pro kWh Atomstrom entspricht dies einer durchschnittlichen Förderung von 4,3 Ct/kWh real in Preisen 2010. Einschließlich des Vorteils der Atomenergie durch den Emissionshandel beträgt der Förderwert 151,6 Mrd. € nominal bzw. 203,7 Mrd. € in Preisen 2010. Die heute schon bekannten zukünftigen Ausgaben bzw. sonstigen staatlichen Regelungen mit Förderwert für die Atomenergie betragen allein im Bereich der budgetwirksamen Förderungen 75,3 Mrd. €. Bei zusätzlicher Berücksichtigung des Förderwerts des Emissionshandels sind es 99,9 Mrd. €.“*
2. Ausgeblendet werden auch die **Versicherungskosten**. Ein Super-GAU in einem Atomkraftwerk in Deutschland würde Gesundheits-, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von 2.500 bis 5.500 Milliarden Euro verursachen. Das hat die Prognos AG 1992 in einem Gutachten für das damalige FDP-geführte Bundeswirtschaftsministerium errechnet. Die Haftpflichtversicherung aller Atomkraftwerksbetreiber zusammen deckt ganze 2,5 Milliarden Euro ab – also 0,1 Prozent des zu erwartenden Schadens. 50 Autos auf dem Parkplatz eines Atomkraftwerks sind zusammengekommen besser versichert als das Atomkraftwerk selbst!
3. Fielen die derzeitigen enormen Vergünstigungen für Atomkraft weg, etwa durch eine realistische Deckungssumme bei der Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke, eine Besteuerung der Rücklagen, eine Brennstoffsteuer, wäre Atomstrom unbezahlbar: Die Basler Prognos AG errechnete schon 1992 einen **realistischen Preis von rund 2 Euro pro Kilowattstunde**, die Greenpeace-Studie kommt auf 2,70 €/kWh!
4. Die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) schüttete rund 400 Milliarden Euro an die Atomindustrie aus. Und noch immer fließen jedes Jahr rund 200 Millionen Euro Steuergelder in neue Atomprojekte und Atomforschung.
5. Die **Gesamtkosten** der IAEO-Länder beliefen sich zwischen 1981 und 1990 allein für die Atomenergie-Forschung auf über 56 Billionen Dollar, 7mal mehr als z.B. für die Solarenergie-Forschung.
6. In **Frankreich** liegen die Kosten für Atomstrom um das 2 bis 3fache höher als die verlangten Preise. Diese Mehrkosten werden von der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft EDF übernommen. In **Großbritannien** ist die Privatisierung der AKWs an deren hohen Kosten für Betrieb und Stilllegung gescheitert.

Fazit: Atomstrom rechnet sich nur dann, wenn er staatlich subventioniert und die Gewinne vom Staat garantiert werden (wie in Deutschland), oder die Defizite vom Staat übernommen werden (wie in Frankreich). Volks- und energiewirtschaftlich macht jedoch kein einziges AKW einen Sinn. Bei voller Anrechnung der staatlicherseits getragenen Kosten wäre Atomstrom extrem teuer.

These 7: Um uns herum werden überall neue Atomkraftwerke gebaut!

„Um uns herum werden überall neue Kernkraftwerke gebaut“.

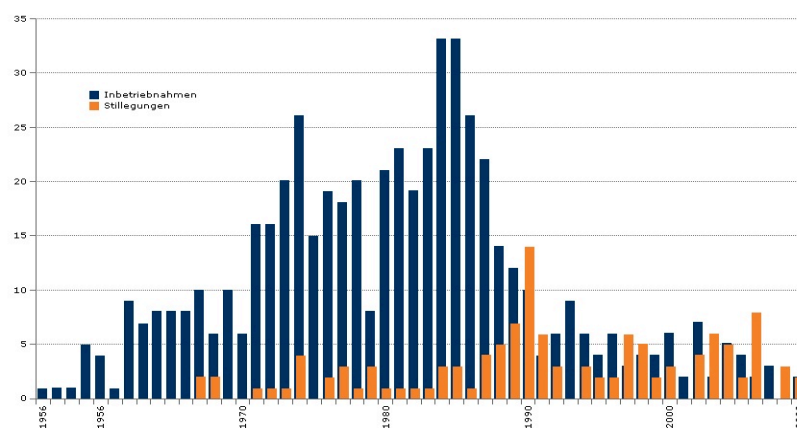
(Anette Schavan als Bundesbildungsministerin, Süddeutsche Zeitung, 30.7.08)

Antwort: **Das ist falsch.**

Begründung:

1. Das **Deutsche Atomforum** informiert auf seiner Internetseite www.kernenergie.de, dass **Ende 2010 in 30 Ländern weltweit 443 AKWs** betrieben wurden, 6 mehr als Ende 2009. 6 AKWs haben 2010 den Betrieb neu aufgenommen, 4 würden still stehen. Das suggeriert einen weltweiten Aufschwung der Atomenergie. Allerdings wurden weitere 15 AKWs, die seit längerem still stehen (darunter Brunsbüttel und Krümmel), als „in Betrieb“ aufgeführt (Nucleonics Week, 12.2.2009). Von den 62 als "im Bau" gemeldeten AKWs sind 13 schon seit mehr als 20 Jahren im Bau. (Welt am Sonntag, 12.7.09)
2. Die angeblich neuen AKWs sind eine permanente **Ankündigungsblase**. Der Neubau des AKW Olkiluoto in Finnland z.B. verzögert sich wegen enormer **Kostensteigerungen** um mehrere Jahre. Der weitere Ausbau in Temelin (Tschechien) ist wegen der Kostenexplosion gestoppt worden. Trotz weltweit zunehmender Ankündigungen über Pläne zum Bau neuer AKWs stagniert der Neubau, wofür nicht zuletzt die **zurückgehende Bereitschaft der Banken** beiträgt, neue AKWs zu finanzieren. Besonders in den USA zeichnet sich ab, dass **keine staatlichen Subventionen** für AKWs mehr möglich sind. Banken verlangen dort Staatsbürgschaften von 100 % der Baukosten. Gebaut werden AKWs überwiegend in Ländern mit einer staatlich gelenkten Wirtschaft (wie z.B. China), in denen kein Strom-Wettbewerb stattfindet.
4. Investoren und Experten sehen die Atomenergie zunehmend als **finanzielles Risiko**. So hat der Staat Ontario in Kanada 2010 das Projekt für zwei neue AKWs ausgesetzt, weil die Kosten mit 26 Milliarden Dollar nicht mehr tragbar waren. Die Notbremse hat Ende 2010 auch der US-Konzern Constellation Energy gezogen, er entschied, dass die drei geplanten AKWs in Maryland zu teuer sind und nicht finanzierbar wären. Und dies, obwohl Washington für das Projekt 7,5 Milliarden Dollar Kreditgarantien versprochen hatte. Die Ratingagentur Moody's erwägt, jene Konzerne negativ zu bewerten, die neue AKWs planen. Die Analysten der Großbank Citigroup empfehlen Investitionen in neue AKW nur, wenn der Staat **weitreichende Kreditgarantien** übernimmt. Die finanziellen Risiken seien sonst zu groß. („Handelszeitung“, 27.1.2011).
5. Eine Studie des Schweizer Prognos-Instituts von 2009 sagt voraus, dass weltweit die Zahl der AKWs bis 2030 **um 30 Prozent** sinken werde. Von den angekündigten Neubauvorhaben wird höchstens ein Drittel realisiert. Die im Bau stehenden Reaktoren werden nicht als ausreichender Ersatz für die demnächst altersbedingten Abschaltungen angesehen.

Reaktorinbetriebnahmen und -stilllegungen weltweit



Quelle: Mycle Schneider Consulting, IAEA-PRIS

Fazit: Trotz großartiger Ankündigungen nimmt die Zahl der AKWs ab!

These 8: Der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke sichert Arbeitsplätze!

„...wir haben kein Problem gelöst, wenn Arbeitsplätze in andere Länder abwandern, wo die Sicherheit der Kernkraftwerke nicht besser, vielleicht sogar noch geringer ist.“

(Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Regierungserklärung am 17.3.2011)

Antwort: Das ist falsch.

Begründung:

1. In der bundesdeutschen **Atomwirtschaft** arbeiten nach Betreiberangaben zur Zeit rund **35.000 Menschen**. Selbst bei einem sofortigen Atomausstieg müssten zur Wartung der Anlage und zum späteren Abriss etwa 2/3 bis 3/4 der Mitarbeiter weiterhin beschäftigt werden. Diese Arbeitsplätze sind auch bei einem Ausstieg aus der Atomtechnologie für Jahrzehnte sicher.
2. Im Bereich der erneuerbaren Energien gab es im Jahr 2009 nach Angaben des Bundesumweltministeriums bereits **340.000 Arbeitsplätze**, das sind 10mal so viele wie in der Atomindustrie. Davon wurden 225.000 durch das EEG induziert. Prognosen rechnen mit mindestens 200.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Deutschland bis 2020 in der Erneuerbaren-Energien-Branche, sofern Ökostrom im Stromnetz weiterhin Vorrang genießt.
3. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) hat in einer im Auftrag des Bundesumweltministeriums erstellten Studie ("A New Growth Path for Europe") berechnet, dass bei einer **Verschärfung des Klimaziels der EU** - 30 Prozent weniger Ausstoß von Treibhausgasen statt wie bisher geplant 20 Prozent - bis zu **sechs Millionen neuer Jobs** in den Mitgliedsstaaten der EU bis zum Jahr 2020 entstehen könnten und bis zu 620 Milliarden Euro mehr Bruttoinlandsprodukt generiert würden. Diese Ergebnisse wurden am 21.2.2011 in Brüssel präsentiert. Profitieren würden der Studie zufolge alle großen Wirtschaftssektoren, insbesondere aber das Baugewerbe.
4. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigte **Laufzeitverlängerung** hat viele **Stadtwerke** bereits zur **Zurückstellung oder gar Aufgabe von geplanten Investitionen** in erneuerbare Energien oder KWK-Anlagen bewogen. So ergab eine Umfrage von Bündnis90/Die Grünen im Oktober 2010, dass mehr als die Hälfte der lokalen Energieversorger starke bis sehr starke wirtschaftliche Auswirkungen der Laufzeitverlängerung auf ihr Stadtwerk erwarten. Die für die nächsten 3 Jahre geplanten Investitionen in Höhe von bis zu 6 Mrd. Euro in Erneuerbare und KWK müssen jetzt unter den veränderten Bedingungen neu gerechnet werden. Damit entstehen natürlich auch keine neuen Arbeitsplätze. Bei durchschnittlichen Investitionskosten von ca. 500 T€ für einen Arbeitsplatz in KWK-Anlagen (BMU-Forschungsbericht Innovative Ansätze zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Umweltschutz, März 2004) würden also allein hier ca. **12.000 Arbeitsplätze** nicht entstehen.

Fazit: Längere Laufzeiten von Atomkraftwerken oder gar eine Abkehr vom Atomausstieg gefährden die schnelle Energiewende und damit Tausende Arbeitsplätze.

Weitere Hintergrundinformationen

Wie viel Atommüll gibt es in Deutschland?

Laut Prognosen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) werden im Jahr 2040 ca. **270.000 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle** sowie ca. **29.000 m³ hochradioaktive Abfälle** angefallen sein – ohne Laufzeitverlängerung der AKWs. Mit der geplanten Laufzeitverlängerung steigt die Menge hochradioaktiver Abfälle auf ca. 39.000 m³ an – 1/3 mehr! Bisher fielen 204.000 m³ schwach- und mittelradioaktiver und 24.300 m³ hochradioaktiver Atommüll an – genug, um den Reichstag zu zwei Dritteln zu füllen. Über 90 Prozent davon stammen nicht aus AKWs, sondern aus Krankenhäusern, Forschungseinrichtungen, Universitäten und industriellen Anwendungen. Die übrigen 10 Prozent sind hochradioaktiv und meist abgebrannte Brennelemente, die von den AKWs in die Standort-Zwischenlager transportiert werden.

Wie viele Atommülltransporte gibt es pro Jahr in Deutschland?

Für alle 17 in Betrieb befindlichen deutschen AKWs ergibt sich ein Netto-Transportbedarf von rund 20.000 Tonnen schwach-, mittel- und hochradioaktiver Materialien pro Jahr, die auf Straße, Schiene, zur See und in der Luft befördert werden müssen. **Jährlich** finden in Deutschland rund **445.000 Transporte** radioaktiver Stoffe statt, davon 435.000 für Mess- und Forschungszwecke sowie für medizinische Anwendungen. Demgegenüber machen die etwa 100 Transporte abgebrannter Brennelemente nur 0,02 Prozent aller Transporte aus. Allerdings entfallen mehr als 99,5 Prozent der insgesamt beförderten Aktivität auf abgebrannte Brennelemente. Allein im Jahr 2010 waren 234 Transporte von Kernbrennstoffen genehmigungspflichtig.

Wie viele CASTOR-Transporte gab es bisher?

Bisher gingen pro Jahr zwischen 50 und 100 Transporte in die beiden Wiederaufarbeitungsanlagen in **La Hague** und **Sellafield**, bis zum Ende der Transportgenehmigung am 30. Juni 2005 waren es insgesamt etwa 2.000. Neue Transporte dorthin sind seit dem 1. Juli 2005 untersagt. Von 1995 bis 2010 gab es 12 CASTOR-Transporte nach **Gorleben**. Bisher stehen in Gorleben 102 Atommüllbehälter, die Kapazität beträgt 420. Die Gesamtzahl der zurückzuführenden Großbehälter liegt bei 302, davon kommen 281 aus La Hague und 21 aus Sellafield. In **Ahaus** wurden von 1992 bis 2005 329 CASTOR-Behälter eingelagert. Seit dem 1. Juli 2005 werden keine weiteren Brennelemente aus AKWs mehr eingelagert. Im Zwischenlager Nord in **Lubmin** durfte bisher nur Atommüll aus den stillgelegten Atomkraftwerken Greifswald, Lubmin und Rheinsberg eingelagert werden. Im Dezember 2010 wurde dort aber auch radioaktiver Abfall aus den alten Bundesländern eingelagert. Im Februar 2011 wurden noch einmal 5 Castoren eingelagert. Damit ist die Kapazität von 80 Stellplätzen fast ausgeschöpft.

Wie viele CASTOR-Transporte soll es noch geben?

Der Transport von hochradioaktivem Atommüll nach **Gorleben** soll nach offiziellen Angaben bis 2017 abgeschlossen sein. Die letzte Lieferung aus La Hague soll 2011 erfolgen. Von 2014 bis 2017 sind noch vier Transporte aus Sellafield vorgesehen. Nach Greenpeace-Angaben werden die Rücktransporte des Atommülls aus den WAAs bis mindestens 2025 dauern. Die Gesamtzahl der zurückzuführenden Großbehälter liegt bei 302, davon 281 aus La Hague und 21 aus Sellafield. Von den 281 Behältern aus La Hague wurden bisher 86 Behälter nach Gorleben gebracht. Im Zwischenlager **Ahaus** sollen zukünftig zeitlich begrenzt auch schwach- und mittelradioaktive Abfälle und Reststoffe aus der Wiederaufarbeitung und dem Betrieb von AKWs eingelagert werden. Die Bundesregierung hält an dem geplanten Transport von Castor-Behältern aus dem Forschungszentrum Jülich (FZJ) fest. Für das Frühjahr 2011 ist ein neuer Atommüll-Transport aus Sellafield zum AKW **Grohnde** geplant. Im Februar 2011 soll ein erneuter Transport nach **Lubmin** erfolgen. Im Herbst 2011 sollen wieder Castoren nach Gorleben gebracht werden.

Wieso kann der Atommüll nicht an den AKW-Standorten verbleiben?

Das wäre aus unserer Sicht die beste Lösung, denn die Zwischenlager an den AKW-Standorten sind noch längst nicht voll. Lediglich im ZL **Ahaus** und im ZL Nord **Lubmin** sind die Kapazitäten fast erschöpft.